



Apropos Europa von Frank Baasner

Mitten in Brüssel, mitten in Europa? Eine ganze Woche lang haben wir die belgische Hauptstadt (oder war es die Hauptstadt der EU?) erkundet. Für Stipendiatinnen und Stipendiaten der Gips-Schüle-Stiftung hat das Deutsch-Französische Institut (dfi) eine Studienreise organisiert, um sie an europäische Realitäten heranzuführen.

Warum ich das erzähle? Weil uns allen bei den vielen Gesprächen mit Praktikern schnell klar wurde, wie kompliziert die Organisation, die politischen Entscheidungsprozesse und die Verwaltung der EU sind. Ein wahres Labyrinth an konkurrierenden Zuständigkeiten, großen Interessenkonflikten und vielschichtigen Kommunikationsprozessen – darin seinen Weg zu finden, ist nicht einfach.

So wie die EU die Interessen von Mitgliedstaaten, EU-Parla-

ment, nationalen Parlamenten, Europäischem Rat und Europäischem Gerichtshof irgendwie unter einen Hut bringen muss, ist auch in Belgien hohe Regierungskunst gefragt: Es gibt nicht nur die „Bundesregierung“ und die „Länder“, sondern dazu noch die „Gemeinschaften“, die nach den jeweils gesprochenen Sprachen organisiert sind. So gehört die Region „Brüssel“ (so etwas wie ein deutsches Land) teilweise zur flämischen Sprachgemeinschaft, ein anderer Teil aber zur französischsprachigen. Alle haben eigenständige Parlamente. Schwierigkeiten sind vorprogrammiert, die siebte belgische Staatsreform ist in Vorbereitung.

Da wundert man sich schon, dass überhaupt regiert werden kann. Der stellvertretende Bürgermeister von Brüssel (ein Grüner) versichert uns, dass sehr gute Zusammenarbeit und effiziente

Politik möglich sind. Auch die Vertreter aus der EU-Verwaltung und dem EU-Parlament, die in Brüssel aber auf einer Art eigenem Planeten leben, haben glaubhaft den Eindruck vermittelt, sie wollten die gemeinsamen Interessen aller Bürger in der EU vertreten und Lösungen vorbringen. Im Gespräch mit einer Dolmetscherin und einem Journalisten wurde uns dann allerdings klar, dass die Kommunikation innerhalb der EU genauso kompliziert ist wie die Kommunikation nach außen.

Die Nationalstaaten bleiben die wichtigsten Bezugspunkte im Gefüge der EU: Ein Journalist aus Deutschland oder Frankreich mag ein ausgezeichnete Kenner der gemeinsamen Probleme aller Europäer sein, schreiben muss er für das heimische Publikum. Und die Beamten können zwar einen Gesetzesvorschlag ausarbeiten, der

eigentlich im Interesse der europäischen Bevölkerung wäre, weiß aber selbst, dass damit noch lange keine Entscheidung gefallen ist. Denn wichtige, wenn nicht die wichtigsten Bereiche (wie Besteuerung oder Migrationsthemen) sind der Einstimmigkeit im Europäischen Rat (das sind die versammelten Regierungschefs) unterworfen. Auch der kleinste Staat kann absolut sinnvolle Entscheidungen blockieren. Man kann sich die Haare raufen, und doch führt kein Weg an diesen in den Verträgen festgelegten Regeln vorbei. Es ist kein Wunder, wenn manch proeuropäische Bürgerinnen und Bürger sich kopfschüttelnd abwenden.

Werden wir aus dieser Sackgasse herausfinden? Klar ist jedenfalls, dass die nationalen Mitgliedstaaten bis auf weiteres die entscheidende politische Größe bleiben werden. Das Geraune von

der drohenden Abschaffung der Nationalstaaten ist Unsinn. Wir sollten vielmehr die Kontakte zwischen den teils doch sehr unterschiedlichen Mitgliedstaaten verstärken, einander besser kennenlernen – und das auf kommunaler und Landes- genauso wie auf Bundesebene.

Angesichts dieser komplexen Lage waren wir im Brüsseler Labyrinth froh, in der Landesvertretung Baden-Württemberg einen sicheren Heimathafen zu finden. Zu Recht hat Baden-Württemberg in seine Vertretung in Brüssel viel investiert, denn der vertrauensvolle Kontakt zu den europäischen Gemeinschaftsinstitutionen ist genauso wichtig wie die guten Beziehungen zu den anderen Regionen und Staaten in der Europäischen Union.

IHRE MEINUNG? Schreiben Sie unserem Kolumnisten: leserbriefe@lkz.de